

Veröffentlichung: ja

Besprechung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund, der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 04./05.06.2014

1. Änderung der Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 2 SGB IV in den Fassungen ab dem 01.01.2015 und 01.01.2016;

hier: Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-FQWG)

Mit dem GKV-FQWG werden im Wesentlichen eine Stärkung und Neuausrichtung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung verfolgt. Kernelement des Gesetzentwurfs ist die Ablösung der einkommensunabhängigen Zusatzbeiträge durch einkommensabhängige Zusatzbeiträge, die als prozentualer Beitragssatz festgelegt und von den beitragspflichtigen Einnahmen des Mitglieds erhoben werden. Das GKV-FQWG sieht auch Änderungen im Arbeitgebermeldeverfahren vor. Konkret ist Folgendes beabsichtigt:

- **Wegfall des Sozialausgleichs**

Die Regelungen zum Sozialausgleich aufgrund des geplanten kassenindividuellen Zusatzbeitragssatzes werden gestrichen. Dies betrifft auch die Meldepflichten der Arbeitgeber, Krankenkassen und sonstigen Meldepflichtigen zum Sozialausgleich.

- **Wegfall der Meldepflichten bei Mehrfachbeschäftigten in der Gleitzone**

Die in § 28h Abs. 2a Nr. 2 SGB IV normierte Regelung zur Rückmeldung der Anwendung der Gleitzone bei Mehrfachbeschäftigten wird gestrichen.

- **Modifizierung des Verfahrens zur Prüfung der Beitragsbemessungsgrenzen**

Künftig haben Krankenkassen bei einer versicherungspflichtigen Mehrfachbeschäftigung auf Grundlage der abgegebenen Entgeltmeldungen zu prüfen, ob Beiträge zu Unrecht gezahlt wurden (§ 26 Abs. 4 SGB IV-E). Dabei können die Krankenkassen weitere Angaben zur Ermittlung der zugrunde zu legenden Entgelte bei den Arbeitgebern anfordern; anschließend melden die Krankenkassen den beteiligten Arbeitgebern die ermittelten Gesamtentgelte zurück. Das Nähere zum Verfahren ist in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 28b Abs. 2 SGB IV zu regeln.

Die Änderungen treten zum 01.01.2015 in Kraft.

Für die genannten Verfahren hat die GKV seit 2011 den Qualifizierten Meldedialog definiert und in den Folgejahren weiterentwickelt. Dies hat zu erheblichen Investitionen bei den Krankenkassen und Arbeitgebern geführt. Deshalb sollen für das ab dem 01.01.2015 umzusetzende Verfahren die bestehenden Strukturen im Qualifizierten Meldedialog genutzt werden. Der Qualifizierte Meldedialog wird für die Sachverhalte des Überschreitens der Beitragsbemessungsgrenzen bei versicherungspflichtigen Mehrfachbeschäftigten wie folgt modifiziert:

GKV-Monatsmeldung

Durch die beabsichtigte Änderung des § 28a Abs. 4a SGB IV ist das laufende Arbeitsentgelt grundsätzlich in der Höhe zu übermitteln, von der zum jeweiligen Sozialversicherungszweig Beiträge erhoben wurden. Insofern ist zukünftig das laufende Arbeitsentgelt getrennt zur Kranken-/Pflegeversicherung, zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung zu melden. Der Datenbaustein Krankenversicherung (DBKV) wird um die neuen Felder zur Übermittlung des Arbeitsentgelts, von dem Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung berechnet wurden, ab dem 01.01.2015 erweitert.

Da das insoweit zu modifizierende Kernprüfprogramm bereits zum 01.12.2014 von der Datenstelle der Träger der Rentenversicherung bereitgestellt wird, werden die Datenannahmestellen der Krankenkassen GKV-Monatsmeldungen, die in der Zeit vom 01.12.2014 bis 31.12.2014 eingehen und noch in der bis zum 30.11.2014 gültigen Struktur übermittelt wurden, in die ab dem 01.12.2014 gültige Struktur konvertieren. Insofern sind auch keine Datenabweisungen aufgrund der veränderten Struktur des DBKV zu erwarten.

Im Übrigen wird ein Versionswechsel im Datensatz Meldungen aufgrund des veränderten Aufbaus des DBKV für nicht erforderlich gehalten, da ein Versionswechsel einen vermeidbaren Mehraufwand bei den Verfahrensbeteiligten nach sich ziehen würde.

Krankenkassenmeldung

Auch für die Krankenkassenmeldung werden die vorhandenen Strukturen weiter genutzt. Dabei wird die bisherige Anlage 13 zum gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ in die Buchstaben a und b unterteilt, damit zwischen Meldezeiträume ab dem 01.01.2015 (Anlage 13a) und Meldezeiträume bis zum 31.12.2014 (Anlage 13b) unterschieden werden kann.

Die Ausgestaltung der Anlage 13a berücksichtigt den Wegfall des Sozialausgleichs und die nicht mehr erforderliche Rückmeldung zur Anwendung der Gleitzone bei Mehrfachbeschäftigten. Die Anforderung der GKV-Monatsmeldungen erfolgt wie bisher mit dem Datenbaustein Meldesachverhalt GKV-Monatsmeldung. Die Rückmeldungen der Gesamtentgelte er-

folgen weiterhin mit dem Datenbaustein Meldesachverhalt Beitragsbemessungsgrenze (DBBG).

Wesentliche Neuerung im DBBG ist die Aufnahme weiterer Datenfelder zur Grundinformation, ob die anteilige Beitragsbemessungsgrenze durch die Kumulierung der laufenden Arbeitsentgelte respektive durch die Gewährung einer Einmalzahlung überschritten wurde beziehungsweise ob eine Rückmeldung bereits deswegen unterbleibt, weil in einem Zweig keine Versicherungspflicht besteht. Letzteres mit der Ausnahme, dass in der Krankenversicherung auch eine Rückmeldung erfolgt, wenn Versicherungsfreiheit besteht. Damit werden Arbeitgeber in die Lage versetzt, gewährte Beitragszuschüsse zur freiwilligen Versicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung oder zur privaten Krankenversicherung zu korrigieren. Darüber hinaus wird in der Krankenkassenmeldung das laufende Gesamtentgelt nur noch für den Sozialversicherungszweig zurückgemeldet, in dem die Beitragsbemessungsgrenze überschritten wurde.

Die Einzelheiten zum Qualifizierten Meldedialog für Meldezeiträume ab dem 01.01.2015 werden im gemeinsamen Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“ unter den Abschnitten 1.5 (GKV-Monatsmeldung) und 2.7 (Krankenkassenmeldung) dargestellt.

Weitere Änderungen im Meldeverfahren

Wegfall von Personengruppenschlüssel (PGR)

In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 23./24.11.2010 sind unter TOP 1 vier zusätzliche PGR in das Arbeitgebermeldeverfahren aufgenommen worden, um Beschäftigte zu identifizieren, die keinen Zusatzbeitrag zu leisten und damit keinen Anspruch auf Sozialausgleich haben. Dabei handelt es sich um Auszubildende, deren Arbeitsentgelte die Geringverdienergrenze nicht übersteigen (PGR 121 bzw. 144 in der Seefahrt) oder in einer außerbetrieblichen Einrichtung beschäftigt sind (PGR 122) sowie für Personen, die ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr leisten bzw. Personen, die einen Bundesfreiwilligendienst leisten (PGR 123). Diese gesonderten PGR werden durch den Wegfall des Sozialausgleichs nicht mehr benötigt. Sie sind deshalb nur noch für Meldezeiträume bis zum 31.12.2014 zu verwenden.

Arbeitgeber, die einen der vorgenannten PGR für ihre Beschäftigten verwenden, haben zum 01.01.2015 einen Wechsel der PGR zu melden.

Dabei ist der PGR

- 121 in den PGR 102,

- 122 in den PGR 102,
- 123 in den PGR 101 sowie
- 144 in den PGR 141

umzuschlüsseln. Aufgrund der aufgeführten Änderungen werden folgende Dokumente angepasst:

Gemeinsame Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung nach § 28b Abs. 2 SGB IV in der Fassung ab dem 01.01.2015

Gemeinsame Grundsätze – Textteil

Anlage 3 – Personengruppenschlüssel

Anlage 4.15 – Datenbaustein Krankenversicherung

Anlage 6 – Datensatz Krankenkassenmeldung (neu aufgenommen)

Die aus dem derzeitigen Verfahren resultierenden Felder

- „KV-GRUND“,
- „BEITRAGSBEMESSUNGSGRUNDLAGE KURZARBEITERGELD“,
- „KENNZ-GLEITZONE“,
- „REGELMÄSSIGES JAHRESENTGELT“ sowie
- „BEITRAGSBEMESSUNGSGRUNDLAGE ENTGELT ALTERSTEILZEIT“

sind nicht gestrichen worden, um den technischen Strukturumbau zum Stichtag 01.01.2015 nicht zu gefährden. Die Fehlerprüfungen werden so ausgestaltet, dass fehlende Angaben in diesen Feldern bei Meldezeiträumen ab dem 01.01.2015 nicht zur einer Abweisung der GKV-Monatsmeldungen führen.

Im Rahmen der Anpassung der Gemeinsamen Grundsätze erfolgt auch eine Berücksichtigung der in der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung zu Fragen des gemeinsamen Meldeverfahrens am 19./20.02.2014 unter TOP 2 beschlossenen Konkretisierung des UV-Grundes B05 im Datenbaustein Unfallversicherung. Ferner wird ein erläuternder Hinweis zum optionalen eXtra-Standard gem. § 17 Abs. 1a DEÜV aufgenommen.

Gemeinsame Grundsätze für die Datenerfassung und Datenübermittlung nach § 28b Abs. 2 SGB IV in der Fassung ab dem 01.01.2016

Die bereits vorliegenden Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 2 SGB IV in der Entwurfsfassung ab dem 01.01.2016 werden um die vorgenannten Änderungen angepasst. Da die Notwendigkeit der Konvertierung von Stornierungsmeldungen auch bei dem Versionswechsel zum 1. Januar 2016 gilt, erfolgt darüber hinaus eine Anpassung unter Ziffer 3.3 (Stornierung von Meldungen).

Ferner werden die in der GKV-Monatsmeldung aus dem derzeitigen Dialogverfahren enthaltenen Felder

- „KV-GRUND“,
- „BEITRAGSBEMESSUNGSGRUNDLAGE KURZARBEITERGELD“,
- „KENNZ-GLEITZONE“,
- „REGELMÄSSIGES JAHRESENTGELT“ sowie
- „BEITRAGSBEMESSUNGSGRUNDLAGE ENTGELT ALTERSTEILZEIT“

In der Anlage 4 gestrichen und als Reservefelder definiert.

Gemeinsame Grundsätze für die Untersuchung von Entgeltabrechnungsprogrammen und Ausfüllhilfen (Systemuntersuchung) und die Datenweiterleitung innerhalb der Sozialversicherung nach § 22 Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung (DEÜV) in der Fassung ab dem 01.01.2015

Aufgrund des Wegfalls des Sozialausgleiches wird dieser in Ziffer 2.1 (Inhalt, Ziel und Anlass einer Systemuntersuchung) gestrichen.

Unter Ziffer 2.3 (Aufbau der Entgeltabrechnungsprogramme) wird die Komponente des Grundmoduls zum Qualifizierten Meldedialog auf die maschinelle Annahme und Verarbeitung von Informationen der Krankenkassen zur anteiligen Berechnung von Gesamtsozialversicherungsbeiträgen bei einer Mehrfachbeschäftigung reduziert.

Darüber hinaus wird unter Ziffer 5 (Datenweiterleitung von Meldungen innerhalb der Sozialversicherung) auf die „Richtlinien für den Datenaustausch im Gesundheits- und Sozialwesen“ hingewiesen (vormals „Handbuch für den Datenaustausch zwischen den Krankenkassen und den Rentenversicherungsträgern“).

Gemeinsames Rundschreiben „Gemeinsames Meldeverfahren zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung“

Gemeinsames Rundschreiben – Textteil

Anlage 2 – Personengruppenschlüssel

Anlage 3 – Übersicht zu meldender Sachverhalte

Anlage 4 – Übersicht möglicher Kombinationen

Anlage 9 – Fehlerprüfungen DBKV

Anlage 13a – Datensatz Krankenkassenmeldung (Meldezeitraum bis 31.12.2014)

Anlage 13b – Datensatz Krankenkassenmeldung (Meldezeitraum ab 01.01.2015)

Anlage 16 – Kombinationen von PGR und Beitragsgruppenschlüssel

Der GKV-Spitzenverband wird die angepassten Gemeinsamen Grundsätze nach § 28b Abs. 2 SGB IV i. d. F. ab dem 01.01.2015 und 01.01.2016 dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales zur Genehmigung vorlegen (§ 28b Abs. 2 SGB IV).

Der GKV-Spitzenverband wird die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände zu den geplanten Änderungen in den Gemeinsamen Grundsätzen nach § 22 DEÜV i. d. F. ab dem 01.01.2015 anhören.

Als Einsatztermin für das geänderte Kernprüfprogramm wird der 01.12.2014 festgelegt.